

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. monatlich. Bei Postbestellung kommen sämtliche Postgebühren hinzu. Unter Streifenband besorgen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Kurwurmurgs 10 M., in das übrige Ausland 17 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 90 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 40b.

Die schillingpolierte Kompositionen über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Frachtposten. Diese Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Frachtposten. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen, das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen die bayerische Polizeifaust

Aufruf der Münchener U.S.P.

Die Oetogruppe München der U. S. P. D. erläßt folgenden Aufruf:
Seit mehr als zwei Jahren leidet die gesamte freihellische Bevölkerung Bayerns unter dem Druck der alldeutschen, militärischen Gewalt- und Polizeimethoden der bayerischen Reaktion. Die Gefängnisse und Zuchthäuser sind angefüllt mit den Opfern dieses Systems. Jede freihellische Bewegung in Verjammungen, Flugblättern, Plakaten und Presse ist unmöglich. Ein anständiges Netz von Polizeispitzeln und Provokateuren ist über ganz Bayern ausgebreitet. Das Münchener Organ der U. S. P. ist nach mehreren Verboten nunmehr dauernd unterdrückt. Die gefürchtete bayerische und insbesondere die Münchener Arbeiter-Polizei hat damit in München ihr einziges Sprachorgan verloren. Aber damit begnügt sich die bayerische Reaktion nicht. Ihre Handlanger, die antisemitischen Halunkenkreuzer greifen zur Waffe der Massen- und Religionshetze und scheuen nicht davor zurück, die besten Führer der freihellischen Bevölkerung Bayerns zu ermorden. Nach vielen anderen wurde erst vor kurzem Karl G a r e i s niedergeschossen und bereits hat die antisemitische Schpessse neue Morde an sich läge offen angeündigt. Polizei und Staatsanwalt können diesem Treiben tatalus zu.

Aber nicht nur gegen die freihellische bayerische Bevölkerung richtet sich die Polizeiherrschaft der alldeutschen Militäristen, sondern auch gegen das Ausland, dessen Staatsbürger durch die willkürliche Handhabung der Fremdenpolizei brutalisiert werden. Die bayerische Reaktion ist nicht nur eine Gefahr für Deutschland, sondern für das gesamte Europa, das, gerüttelt durch den Krieg, nicht neue Störungen durch militärische Abenteuer ertragen kann. Wir rufen die gesamte Menschlichkeit zur tätigen Mithilfe im Kampfe gegen die bayerische Polizeifaust! In diesem Zwecke hat die U. S. P. München einen Fonds gegründet, der zur Stärkung der Kampffront gegen das System Pöchner dienen soll. Sie wendet sich besonders auch an die Organisationen außerhalb Bayerns, die mit ihr bereit sind, diesem System entgegenzuwirken. Beiträge sind zu senden an die Parteileitung der U. S. P. München.

Adresse: Christian Ferkel, München, Pestalozzistr. 40/42.

Ein neuer Gewaltstreich

Erstmeldung unseres Korrespondenten.

München, 23. August.

Seit vormittag um 10 Uhr erschienen in den Räumen der Münchener „Morgenpost“ zwei Kriminalpolizisten und beschlag-

nahmen den Satz und die bereits gedruckte Auflage des „Mittellungsblattes“ der U. S. P. München. Gleichzeitig überbrachten sie ein Schreiben des Polizeipräsidenten und Staatskommissars für München, Pöchner, das das Erscheinen des Mittellungsblattes der U. S. P. mit sofortiger Wirksamkeit verbietet. Ohne sich die Mühe zu nehmen, das Verbot mit dem Inhalt des Mittellungsblattes sachlich zu begründen, führt der Polizeipräsident in der Begründung des Verbots lediglich folgendes an:
„Der Staatskommissar hat mit Verfügung vom 12. August 1921 das Erscheinen der Münchener „Morgenpost“ als eines Erschlusses für den verbotenen „Kampf“ verboten. Seit dem 18. August 1921 erscheint ein Mittellungsblatt der U. S. P., das sich nach Form und Inhalt wiederum lediglich als Ersatz für die verbotene „Morgenpost“ darstellt. Aus diesem Grunde war auch dieses Blatt zu unterdrücken.“

Von Pöchners Gnaden

Aus München schreibt man uns: Am 1. September d. Js. gibt in München der Kommunist Otto Graf eine kommunistische Tageszeitung heraus. Die Zeitung wird den Namen der bisher verbotenen „Neuen Zeitung“ übernehmen. Polizeipräsident Pöchner hat das Erscheinen dieser Zeitung ausdrücklich genehmigt, obwohl er das Münchener U. S. P.-Organ wiederholt und zuletzt dauernd verboten hat. Dieses polizeiliche Wohlwollen gegen den Kommunisten Graf wird verständlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß es sich um den gleichen Kunstgriff handelt, der im Januar und Februar d. Js. anlässlich der Pariser Beschlüsse gemeinsam mit dem Kommunisten Otto Thomas in Presse und Versammlung den Nationalsozialismus predigte und zum Zusammengehen mit den bewaffneten Studenten und Orgheschoffizieren aufforderte. Am 4. Februar d. Js. erklärte Otto Graf in einer öffentlichen Versammlung, daß er und die K. P. D. eintrete für einen revolutionären Krieg gegen die Entente und zu diesem Zwecke den nationalsozialistischen Studenten die Hand reichte. Die Zentrale der K. P. D. hatte damals dem Graf unterlag, öffentlich für die K. P. D. tätig zu sein. Und er durfte seitdem auch sein Landtagsmandat nicht ausüben. Jetzt gibt er ein neues kommunistisches Organ heraus und der berüchtigte Polizeipräsident Pöchner gibt seinen Segen dazu. Bei der nationalsozialistischen Einstellung des „Kommunisten“ Graf ist das nicht verwunderlich. Pöchner glaubt mit Graf ein gutes Geschäft zu machen und bewußt oder unbewußt dient Graf der Reaktion, die ihm im Februar d. Js. für seine nationalsozialistische Heße anlässlich der Pariser Beschlüsse ihren Dank ausgesprochen hatte.

Die Gewerkschaften und die Schlichtungsordnung

Vor einigen Wochen haben wir Alarm schlagen müssen, weil die Vertreter der Freien Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat einer Formulierung der Schlichtungsordnung ihre Zustimmung gegeben hatten, deren Gewerkschaftsbewegung eine schwere Schädigung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten würde. Wir haben darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaftsvertreter zu ihrer eigenartigen Stellungnahme aus dem Handgelenk heraus und ohne eine vorangehende Beratung und Beschlußfassung im Ausschuh des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gekommen waren. Es drohte daraus die Gefahr zu entstehen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen durch das Vorgehen ihrer Vertreter im Reichswirtschaftsrat auf eine Haltung zur Schlichtungsordnung festgelegt werden würden, die ihrem eigenen Interesse und dem Interesse der Arbeiterklasse zuwiderläufe. Dieser Eindruck wurde verstärkt durch einen anscheinend vorstandsoffiziösen Artikel Umbrells, der die Haltung der Vertreter im Reichswirtschaftsrat rechtfertigte und die von uns kritisierte Fassung der Schlichtungsordnung billigte, der überdies im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ erschien und dadurch die gesamte Gewerkschaftspresse mit dieser verderblichen Auffassung vergiftete.

Unsere Kritik ist nicht ohne Wirkung geblieben. Eine Reihe von örtlichen Organisationen verschiedener Gewerkschaften hat sich sofort in entsprechenden Entschuldigungen auf unseren Standpunkt gestellt und mit uns die gleichen Vorwürfe gegen die Vertreter im Reichswirtschaftsrat wie gegen den Bundesvorstand erhoben. Und jetzt hat sich der Bundesausschuh in seiner Sitzung am 18. bis 18. August mit der Angelegenheit beschäftigt. Der Bericht über die Tagung, der soeben im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ erscheint, macht zwar den Eindruck, als ob er manches verschweigt. Aber er gibt zu, daß nach einem Referat Leiparts in der Debatte schwere Bedenken gegen die einschränkenden Bestimmungen geltend gemacht wurden. Ferner sei an der Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat Kritik geübt worden. Von einem endgültigen Beschluß habe der Ausschuh daher abgesehen. Dagegen hat er einen Ausschuh von sieben Vertretern zur weiteren Durchprüfung des Gesetzes eingesetzt, dem auch zugleich der Tarifvertrags-Gesichtswurf zur näheren Prüfung überwiesen wurde.

Damit hat der Bundesausschuh zum mindesten erklärt, daß die Haltung der Vertreter im Reichswirtschaftsrat nicht maßgebend ist für die Gewerkschaften. Es besteht daher Aussicht, daß die bisher sehr unbestimmte Haltung der führenden Körperschaften des A. D. G. B. noch rechtzeitig festere Gestalt bekommt. Ja, es hat sogar den Anschein, als ob in der Taktik dieser führenden Körperschaften in der Frage der Schlichtungsordnung mit dieser Sitzung des Bundesausschusses eine Wendung eintreten sollte — wenigstens eine Wendung, die sich abkehrt von der eigenartigen Haltung der Vertreter im Reichswirtschaftsrat.

Was der Bericht des „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes“ verschweigt, gibt nämlich Theodor Leipart in einem Leitartikel im „Vorwärts“ deutlich zu verstehen. Leipart erklärt zwar auch zunächst, das Gesetz sei nicht so schlimm, wie es angesehen werde. Die vielfach scharfe Kritik sei nur auf die üble Vorgeschichte, das heißt auf die ganz unmögliche Fassung des ersten Entwurfes der Schlichtungsordnung zurückzuführen. Diese Herausforderung habe noch zu sehr im Gedächtnis der Arbeiterchaft und sei wohl die wesentliche Ursache der Angriffe gegen den neuen Entwurf.

Diese Auffassung, die sich als Einleitung zu einem Artikel sehr hübsch ausnimmt, schenken wir Leipart sehr gern, obwohl sie falsch ist. Sie soll anscheinend einen Rückzug geschickt verkleiden, einen Schanzzug darstellen, den man jedem gestatten muß, der selbst eine etwas „üble Vorgeschichte“ hat durch die Schuld der guten Freunde, die so fröhlichen Herzens für diesen Entwurf eintreten. Wir schenken sie ihm und dem Bundesvorstand, weil Leipart in den übrigen Teilen seines Artikels die Haltung der Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat völlig preisgibt und ihre Zustimmung zu dem von uns ebenfalls dargestellten Kompromiß mit den Unternehmervertretern aufhebt.

Leipart geht vor allen Dingen auf den Paragraphen 55 ein, der den Kern des Gesetzes bildet. Streiks sollen nach dieser Bestimmung nicht stattfinden dürfen, bevor die Schlichtungsstelle oder die Schlichtungsbehörde angerufen ist und einen Schiedsspruch gefällt hat. Die Regierung, sagt Leipart dazu, berufe sich in der Begründung des Entwurfes darauf, daß es sich bei diesen Forderungen nur um eine „von den beteiligten Berufskreisen selbst freiwillig anerkannte Verpflichtung“ handele. Damit er meint, daß es bei den Gewerkschaften ohnehin längst üblich ist, vor den Kampfhandlungen alle Möglichkeiten der Schlichtung eines Konfliktes anzuwenden. Er hätte hinzufügen müssen, daß sich nicht nur die Regierung darauf beruft, sondern daß auch die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat mit Paul Umbreit an der Spitze diese seltsame Begründung übernommen und zur Rechtfertigung ihrer eigenen Haltung benutzt haben. Auch dagegen haben wir uns sofort zur Wehr

Vor dem Friedensschluß mit Amerika

Der New Yorker Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hatte seinem Blatte mitgeteilt, daß die endgültige Feststellung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages nicht so schnell vor sich gehen würde, wie man in Deutschland annehme. Erst müsse sich der amerikanische Präsident mit den Kriegsgenossen Amerikas auseinandergesetzt haben und die künftige Politik ihnen gegenseitig abklären. Aber in großen Zügen feststellen, bevor Deutschland an die Reihe komme. Es seien außerdem noch eine Reihe von Fragen zu erledigen, an denen die amerikanischen Industriellen erhebliches Interesse hätten. Schließlich sagt der Korrespondent:

„In Deutschland wird man nicht selten die Frage stellen, wann der Friedensvertrag angenommen und ratifiziert sein wird. Nun, vor nächstem Frühjahr wird dies klarer nicht der Fall sein. Zunächst wird sich der Kongreß in die Ferien geben, um erst nach der Wahl, im nächsten Dezember, wieder zur Arbeit zurückzukehren. Selbst wenn dann der Vertrag vorliegt, wird er den Gegenstand langer Kommissionsberatungen bilden, denn die Gruppe der „Unversöhnlichen“ im Senat wird vollständig sicher sein wollen, daß Herr Harding, den sie schon als eine Art Keper ansieht, nichts in das Instrument schmuggelt, das ihrem „hundertprozentigen Americanismus“ weh tun könne. „Geduld“ muß also die Losung sein.“

Im Widerspruch damit steht eine Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“, wonach man auf deutscher und amerikanischer Seite der selben Überzeugung sei, daß das Zustandekommen des Friedens mit Amerika nur noch eine Frage von Tagen sei. Der Widerspruch zwischen diesen beiden Presseäußerungen erklärt sich daraus, daß der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ seinen Bericht am 6. August abgeschickt hat, und daß dieser sich anknüpfend auf Äußerungen der amerikanischen Blätter stützt. Inzwischen sind aber die Verhandlungen weitergeführt worden, so daß man wohl annehmen kann, daß die Berliner Auffassung, die ebenfalls auch in Amerika bestärkt wird, die richtige ist.

Neht Handelsvertrag als Friedensvertrag

EE. London, 23. August.

Der „Daily Telegraph“ meldet: Aus Washington einlaufende Nachrichten erklären, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bald von der amerikanischen Regierung beschlossen werde. „New York World“ berichtet, daß dieser Vertrag, der in

Ausarbeitung begriffen sei, die Frage der Verantwortlichkeit am Krieg nicht erwähne. Die meisten Bestimmungen dieses in Vorbereitung befindlichen Dokumentes laufen auf den Abschluß eines Handelsvertrages hinaus. Diesbezügliche Bestimmungen sind bereits getroffen. „New York Times“ meldet, daß Staatssekretär Hughes alle notwendigen Vereinbarungen getroffen habe, damit ein Handelsvertrag mit Deutschland sofort geschlossen werden könne.

Vor der Entscheidung in Irland

Ein Nationalkongreß in Dublin?

EE. London, 23. August.

Im Verlaufe einer Geheimhaltung des irischen Parlaments wurde offiziell bekanntgegeben, daß die öffentliche Sitzung, in der die Antwort an die englische Regierung bekanntgegeben werden soll, nicht vor Freitag stattfinden wird. Man glaubt, daß diese Antwort keinesfalls eine Annahme der englischen Bedingungen enthalten wird, daß sie aber in einer Form abgefaßt sein wird, die die Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht. In London eingetroffene Nachrichten besagen, daß alle Organisationen zu einem Nationalkongreß nach Dublin einberufen werden. Die erste Sitzung dieses Kongresses wird Dienstag oder Mittwoch stattfinden. Aus diesen Nachrichten scheint hervorzugehen, daß das irische Parlament jüger, die Verantwortung zu übernehmen, die sich aus der Ablehnung der englischen Vorschläge ergibt und daß man deshalb den Nationalkongreß einberufen hat, damit dieser eine endgültige Entscheidung trifft.

Der Eisenbahnerstreik in Posen

Danzig, 23. August.

Der polnische Eisenbahnerstreik in Posen und Pommerellen hat heute früh eingeleht. Der Zug von Karthaus, der morgens um 6 Uhr 26 Min. fahrplanmäßig abfuhr, wurde noch abgelassen. Es wurden aber nur solche Reisende befördert, die den Nachweis erbringen konnten, daß sie Danziger sind. Der Bahnhof Karthaus ist militärisch besetzt.

seht. Und nun stellt Leipart die Frage, ob sich denn eine solche freiwillig anerkannte Verpflichtung dazu eigne, in einen gesetzlichen Zwang zu verwandeln zu werden. Er kommt zu dem Schluss, die gewerkschaftliche Disziplin fordere allerdings, daß vor der Anwendung des Streitmittels alle friedlichen Möglichkeiten der Schlichtung benützt werden müßten, aber es gäbe auch Ausnahmen und müsse solche geben. Da die Verletzung der die Streikfreiheit einschränkende Bestimmung des § 55 nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurteilen und daher unter Umständen strafrechtlich zu verfolgen sei, kämen die Gewerkschaften in die Gefahr, für jede dieser nach Leipart notwendigen „Ausnahmen“ in Strafe gezogen oder zu Schadenersatz verurteilt zu werden. In diese Gefahr dürfen sie nicht gebracht werden. „Der Reichstag wird deshalb prüfen müssen,“ schreibt Leipart, „ob die berechtigten Ausnahmen von der Verpflichtung des § 55 in das Gesetz ausdrücklich aufgenommen werden sollen. Andernfalls muß von der Aufstellung einer rechtlichen Verpflichtung ganz Abstand genommen werden.“

Damit hat Leipart die gesetzliche Verpflichtung zur Anrufung eines Schlichtungsorgans preisgegeben. Wir halten es für ganz unmöglich, eine Formulierung des § 55 zu finden, die solche Ausnahmen zuläßt und die Gefahr der Strafverfolgung der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder damit ausschaltet. Eine solche Formel kann nie klar und eindeutig ausfallen und wird daher nur zu vielfachen Auslegungen, die fast immer den Gewerkschaften mißgünstig sein werden, Anlaß geben und damit die heillosste Verwirrung stiften. Es wird also so kommen, daß, wie Leipart schreibt, „von der Aufstellung einer rechtlichen Verpflichtung (zur Anrufung der Schlichtungsbehörden vor der Anwendung des Streiks) ganz Abstand genommen“ werden muß.

Leipart verwirft ferner die im Gesetzentwurf enthaltene Vorschrift, daß die Schlichtungsstelle oder die Schlichtungsbehörde in jedem Falle unbedingt einen Schiedsspruch fällen muß. Wie gegen den unbedingten Verhandlungszwang, so spricht er sich also auch sehr deutlich gegen den Schiedsspruch aus. Ein Schiedsspruch darf nach seiner Ansicht nur dann gefällt werden, wenn beide Parteien nach vorgelegten Schlichtungsversuchen einen Schiedsspruch verlangen und im Voraus erklären, daß sie sich ihm unterwerfen wollen.“

Wir nehmen von diesen Darstellungen Leiparts mit außerordentlichem Vergnügen Kenntnis. Obwohl wir, vorsichtig wie wir nun einmal sind, die Arbeiten der Kommission und die endgültigen Beschlüsse des Bundesausschusses abwarten müssen, bevor wir erklären können, wie weit wir mit den leitenden Körperschaften des A. D. G. B. übereinstimmen, erblicken wir doch in den Darstellungen Leiparts eine Auffassung, die der unsrigen wesentlich nähersteht, als die Auffassung Umbrechts und der übrigen Abgeordneten im Reichswirtschaftsrat. Wir haben daher die Hoffnung, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Gesamtheit doch noch zu einer Haltung gegenüber den auf Beschränkung des Streikrechts gerichteten Bestrebungen der Regierung kommen wird, die auch in dieser außerordentlich wichtigen Frage die Möglichkeit der einheitlichen Aktion der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft in erreichbarer Nähe bringt.

Rechtssozialisten und Steuerpläne

Vor einigen Tagen hatte der Sozialdemokratische Parlamentsdienst eine Erklärung verbreitet, wonach die Regierung vorläufig nicht in der Lage sei, über die vom Reichszentralrat kürzlich über den Stand der Steuerarbeiten gemachten Mitteilungen hinaus noch Erklärungen abzugeben. Die „Breslauer Volkszeitung“ sagt dazu, daß diese Erklärung ihren Zweck verfehlt, und daß sich die rechtssozialistische Partei durch nichtsagende Beschwichtigungen nicht einlassen lasse. Die Sozialdemokratie bestrebe auf der Erfassung der Goldwerte:

Bevor der Reichsfinanzminister nicht eine Allgemeinüberblick über die Herbeiführung der Bilanzierung im Haushaltsjahr gibt, kann für die Sozialdemokratische Partei auch die Beratung von Einzel-

plänen zur Deckung der kommenden Ausgaben — also der bisher geplanten indirekten Steuern — nicht in Frage kommen.

Auch die Chemiker „Volksstimme“ fordert, daß das Reich neue Wege beschreite, um sich seinen Anteil am Goldertrag der deutschen Wirtschaft zu sichern und die Produktion zu steigern:

Es ist eine Tragödie schlechthin, in der sich das deutsche Volk befindet. Da stehen nun die Volksmassen, auf deren Schultern das ganze Schicksal unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens ruht, die Arbeiter und Angestellten, die Beamten und Wissenschaftler, die Volksgenossen in der Studierstube und die am Schmelzofen — da stehen sie alle, alle in einer langen Reihe und sehen, wie der prassende faulende Aktionär im Luxuswagen durch Deutschlands Gänge reist, die Zeit mit Spiel und Tanz und Liebe totschlägt und am Ende jedes Wirtschaftsjahrs seine Dividende einstreicht. Und dieses ganze ausgebeutete Volk bringt es nicht fertig, sich endlich aufzuschwingen zu einer gewissen Kraftäußerung und sich loszumachen von jenem Gejoch, das uns am Leben zieht. Wir werden es eines Tages tun müssen, wenn wir fünf Minuten vor dem Zusammenbruch stehen. Warum aber nicht heute schon bewußt und planmäßig in Angriff nehmen, was morgen allerletzte Notwendigkeit in höchster Gefahr geworden ist?

Die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart, die unter der Leitung des Abgeordneten Keil steht, führt in einem Leitartikel aus, daß mit dem Vorkauf indirekter Steuern die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft nicht herbeigeführt werden könne. Ohne die Kaufkraft der breiten Massen könne keine Wirtschaft bestehen. Aus dem Elend bringen uns nur sozialistische Wirtschaftsformen:

Nicht schöne Worte, nicht fiktive Papiere, sondern Anteil in Natur, Land, Anteile, Aktien, Rufe usw. Entgegen den Plänen des Reichswirtschaftsministers mit möglicher Verzögerungsbeschränkung, und weitgehend: Beschränkung der Gewinne aus Kapital und Grundrente. Vor allem der Bilanzgewinne. Das geht nur durch Verbot von Verkäufen an Private. Hier wäre mit dem tatsächlichen Hypothekenprivileg der Grundbesitzer ein gutes Geschäft für das Reich zu machen, wenn es die Abzugssumme festsetzt.

Alles dies sind schon fernere Ziele. Das Kapital weiß, daß wir sie erreichen werden, wenn wir den ersten Schritt tun in der Erlassung der Goldwerte. Wir wissen, wofür wir kämpfen, wenn wir dieses Ziel anstreben. Von ihm geht der Weg zur Sozialisierung der Produktionsmittel.

Diese Äußerungen der rechtssozialistischen Provinz- und Presse stimmen inhaltlich mit der Resolution des Brandenburger Bezirksparteitages der S. P. D. überein, die wir in unserer heutigen Morgenansage wiedergegeben haben. Wir werden abwarten, ob die rechtssozialistische Partei diesen kräftigen Worten auch die entsprechenden Taten folgen lassen will. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird jedenfalls nichts versäumen, um den Kampf der Arbeiterklasse für die nächsten Ziele in dieser Frage einheitlich und energisch zu gestalten.

Haltet den Dieb!

Das ist der Ruf aller feigen Spitzhüben, wenn sie sich ertappt sehen. Wir hatten zu dem Angriff von Demonstranten auf eine Zusammenkunft der „Stahlhelm“-Orgel in Schönebeck a. d. Elbe geschrieben, daß dieses Vorgehen nicht einmal zu beklagen, eher vielleicht zu begrüßen sei, die Regierung auf das gelegentliche Treiben der Wehrgardisten aufmerksam zu machen. Gleichzeitig haben wir betont, daß es notwendig sei, dem Ludendorff und allen ähnlichen Schädlingen am deutschen Volkserbe das geschwähige Maul zu stopfen. Reichtlich wie wir, hatten wir „Vorwärts“ und „rote Fahne“ zu den Vorfällen in Schönebeck gedruckt.

Dadurch führt die „Kreuzzeitung“ ihre Hühneraugen verfehlt, denn sie fürchtet vor diesem Ereignis eine Entlarvung des gesamten Orgel-Gelichters, das sich unter allen möglichen Decknamen mollenhaft im Lande herumtreibt und die Luft mit seinem hochverräterischen Atem verpestet. Das Blatt wendet daher gegen „roten Terror“ die Republik, die die „Kreuzzeitung“ obendrein eine sozialdemokratische nennt, kenne keine politischen Freiheiten. Nur den Kapitalisten sei es gestattet, für ihre Auffassung zu werben, aber die nationalen Parteien dürften nicht für ihre „Ideale“ eintreten, womit endlich eingestanden wird,

daß der von den Orgel-Banden Schamlos betriebene moralisch-politische Hochverrat das Ideal der nationalen Parteien ist, was man sich merken soll. Daß uns dieses Verhalten nachfolgt, wir hätten durch die erwähnten Orgeln in unserer Ausgabe vom Montag zu Gewalttätigkeiten aufgefordert, rechne wir der Gesellschaft nicht an, die durch ihre widerliche Propaganda jene Atmosphäre erzeugt hat, in der die zahllosen Morde an den Führern des Proletariats begangen werden mußten. Auch hier rufen die ertappten Gauner: Halt den Dieb!

Geständnisse

Zur Frage der Einigung

Unsere Mitteilung in der Sonntagsausgabe über die bemerkenswerte Haltung des rechtssozialistischen Reichstagsabgeordneten und Oberbürgermeisters von Magdeburg Beims, zur Frage der Einigung, hat den „Vorwärts“ in starke Erregung versetzt. Er unterstellt uns, wir hätten die Absicht gehabt, die Ansicht von Beims über die Unmöglichkeit der Einigung als die allgemein gültige Anschauung in der S. P. D. auszugeben, und wir hätten deshalb ungeschwiegen, daß der Referent des Abends, das Mitglied des Parteivorstandes, Adolf Braun, dem Diskussionsredner sofort entgegengetreten sei. Diese Unterstellung des „Vorwärts“ entbehrt jeder Grundlage, denn wir haben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Beims selbst in seiner Partei mit größtem Mißtrauen behandelt werde.

Wir waren um so mehr verpflichtet, auf die verderbliche Rolle des Herrn Beims hinzuweisen, als er in der rechtssozialistischen Führerschaft keineswegs der Einzige ist, der zwar das Wort von der Einigung im Munde führt, um die Arbeiterchaft zu täuschen, der aber in Wirklichkeit diese Einigung sabotiert. Der „Vorwärts“ selbst kommt der Haltung Beims bedenklich nahe. Er behauptet, daß uns wenig an der Einigung liege, und daß wir durch unsere „einseitige Darstellung“ ungewollt den Ausführungen des Beims nachträglich eine gewisse Rechtfertigung verschaffen:

„Sie (die „Freiheit“) beweist aus neuem, daß eine Einigung in absehbarer Zeit nur möglich sein wird mit den breiten Massen der bisherigen Anhänger der Unabhängigen, indem diese unter dem Zwang der Verhältnisse der alten Sozialdemokratie wieder nähern. Die Schriftgelehrten der U. S. P. D. aber müßten dieser Erscheinung gegenüber sich verhalten wie sie wollen. Es werden den tatsächlichen Drang nach einheitlicher Aktion nicht aufhalten können. Und wenn sie sich dauernd widerstreben zeigen, so dürfte die Geschichte eines Tages über sie hinweggehen. Insofern aber hatte Herr Beims nicht unrecht, wenn er ausdrücken wollte, daß wir wirklich keine Sehnsucht nach der Rechthaberei und Unduldbarkeit empfinden, die den jetzigen unabhängigen „Führern“ früher innerhalb der Sozialdemokratie geübt wurde.“

Die Ausführungen des Vorwärtsredakteurs zeigen erneut, wie wenig aufrichtig das Gerücht über die Einigung bei vielen Rechtssozialisten ist. Denn das törichte Gerücht von „Rechthaberei“ und „Unduldbarkeit“ — es bezieht sich um das Eintreten für prinzipielle sozialistische Politik und Taktik — sagt ja nur daselbe, was der weitbekanntere diplomatische Beims mit den Worten gemeint hat, daß man bei einer Einigung „den Feind, der draußen steht“, in die eigenen Reihen hereinbekommen würde. Gerades Gegenteil ist es in diesem Zusammenhang, wenn die führenden Kreise unserer Partei, die durch die Unduldbarkeit der in den Bahnen der Kriegspolitik wandelnden Parteibürokratie aus der alten Partei herausgedrängt wurden, jetzt der Vorwurf der Rechthaberei und Unduldbarkeit gemacht wird. Die Wandlung, die sich in diesen grundlegenden Fragen in breiten Kreisen der rechtssozialistischen Arbeiterchaft in der Richtung unserer Anschauungen vollzogen hat, beweist aber, daß die Masse eine andere Auffassung von der Einigungsfrage haben, als jene, die den engen Standpunkt des Parteibürokraten, der in der Verteidigung seiner Geschäfte nicht durch Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten gestört werden will, das wichtigste Problem der Arbeiterpolitik betrachtet.

„Totentanz“ von August Strindberg

Neuinstudiert im Residenztheater.

Ein packendes, tiefaufwühlendes Erlebnis. Fast drei Stunden lang lebt man das heilige Drama mit, das sich auf der Szene abspielt. Ein düsteres, kaltes Turmzimmer auf einer einsamen Insel und drinnen zwei Menschen, Mann und Frau, aneinandergekettet nicht nur durch die Ketten der Ehe, sondern durch die noch härteren Ketten eines gegenseitigen glühenden Hasses. „Man haßt hier so,“ sagte der Dritte, der Verwandte, der in dieses endlose Ehedrama hineingerät, „daß man keine Lust zum Atmen hat.“ Dieser glühende Haß ist die Triebkraft des Dramas, das, nach Strindberg, die Ehe an sich symbolisiert. Sie können miteinander nicht leben und können doch nicht voneinander loskommen, und so quälen und martern sie sich gegenseitig bis aufs Blut und züchten Kinder heran, die von den Eltern gegeneinander gehetzt werden und schließlich aus dem Hause gegeben werden müssen. Und sie jagen gegenseitig die Verwandten und Freunde aus dem Hause und leben innerhalb der kleinen Gemeinschaft auf der Insel wie auf einer noch wüsteren Insel, um die ihr Haß Mauern der Abneigung und der Mißgunst gegen andere Menschen gezogen hat.

Bei aller scheinbaren Einfachheit des Dramas hält der Autor durch vier Akte hindurch die Zuschauer im Bann. Er leuchtet in die geheimsten Tiefen der Menschenseele hinein, läßt unter der furchtbaren Anhäufung des Hasses und der Mut Lichter der Güte und Menschlichkeit aufleuchten. Er ist scheinbar ungerecht gegen das Weib und einseitig zugunsten des Mannes, aber er findet doch Töne der gegenseitigen Veröhnung, die in den Zuschauern das Gefühl lebendig machen, daß beide, Mann und Weib, nichts weiter sind als unglückliche Opfer des Lebens, die am Ende nicht wissen, wozu und weshalb sie gelebt haben, die nur eine Hoffnung in sich tragen, daß das Ende des Lebens dessen Anfang bedeuten möge.

In der Neuinstudierung unter Paul Wegeners Regie kamen alle dramatischen und gedanklichen Reichtümer des Stückes voll zur Geltung. Irene Friesch, Paul Wegener und Paul Biensfeld gaben ihr Bestes, um die Aufführung auf der Höhe zu halten. T. Stein.

Strindbergs „Totentanz“ (mit Paul Wegener und Irene Friesch in den Hauptrollen) wird im Residenz-Theater zum ersten Male in der Uebersetzung von Heinrich Cassel gegeben. Die Bühnenangelegenheiten werden bei Deutscher u. Co., Berlin 10 18, und in durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Wem gehört Helene?

Komödie von Eberhard Buchner im Künstler-Theater.

Daß der Verfasser diesen Schwank eine Komödie nennt, macht das Stück literarisch nicht wertvoller; es wird auch dadurch nicht besser, daß es auf unmögliche und ungläubliche Situationen aufgebaut ist. — Die Frau Helene des Telegraphenbeamten Birnbaum (welcher von abends 7 Uhr bis morgens 8 Uhr durch seinen Dienst von Hause ferngehalten wird) heiratet, weil sie sich langweilt, auch noch den Bureauvorsteher Krause, der natürlich nur am Tage Dienst hat. Am Tage ist sie also Frau Birnbaum, und sobald dieser Gatte zum Dienst geht, führt sie als Frau Krause in dessen Wohnung. Durch den lächerlichen Schwankfall lernt Herr Krause Herrn Birnbaum kennen, und damit beginnen natürlich die Verlegenheiten der Frau Helene.

Daß ein solches Stück nur durch ganz vorzügliche Darstellung lebensfähig sein kann, ist selbstverständlich. Und dies ist hier der Fall. Die Frau in launigen Wendungen spielte Rosa Waleit so hervorragend, daß man ihr sogar diese unmögliche Figur glauben konnte. Sie hatte in Hans Wahnmann (Krause) und Julius C. Hermann (Birnbaum) gleichwertige Partner, die sich mit ihr in den Erfolg des Abends teilten. Auch Grete Berger (Frau Schneider) gab ihr Bestes, obgleich noch bemerkt werden muß, daß man mit S-tuhl und A-hnung noch keinen Hamburger Dialekt spricht. Trotz des Salonstilles ein echtes Sommerstück. J. R.

Speichellecker auf Reisen

Ort der Handlung: Ein Schloss am Abhange eines der schönen Harzberge. In dem Schlosse „regiert“ noch ein leibhaftiger Fürst. Das Schloß wird beschützt. Ich befinde mich unter den Teilnehmern an der „Bärenjagd“, denn mich interessiert die Bauart des Schlosses und die herrlichen Ausblicke ins Land. Meine Mitgefährtin (man sieht es an ihren Kleidern, ihren wohlgepflegten Gesichtern und Händen, daß sie drinnen in der Stadt in einem Hotel mit „allem Komfort der Neuzeit“ wohnt) scheint etwas anderes zu interessieren. Sie sind besonders gespannt auf Mitteilungen des Führers über den Fürsten und seine Familie, die dort hinter den dicken, grauen Schloßmauern wohnen.

Da — das Große naht! Durch den Ausgang eines der Schloßschreite ich Herr in grauem Sommeranzug, einen Strohhut auf dem Kopfe, graue Gamaschen über seinen Stiefeln. Ein bester gekleideter Herr, wie sie zu Hunderten in der Fremdenstadt herumlaufen. Aber nein, kein gewöhnlicher bester gekleideter Herr! Unser Führer hat sich plötzlich herumgedreht, macht vor jenem Herrn eine devote Verbeugung, stellt seine Mütze und mit halber Wendung zu uns gemächlich stiefeln hin flüstert er: „Das ist der Fürst!“ Wie ein Blitz fährt es in die wohlgepflegten Gesichter; man deutet — schüchtern gerührt und beglückt darüber, daß jener Herr dort „der Fürst“ ist — den Oberkörper. Ja, das genügt nicht. Jemand ein völlig entzündeter Unterarm möchte es dem Führer gleich tun — er möchte seinen Hut ziehen,

so recht tief. Doch das Unglück des Zufalls will, daß er kurz vor seiner brilliantgeschmückten Gattin seinen Hut zum Tode gegeben hat — er ist jetzt hilflos wie ein kleines Kind. Er um einen hohen Genus gekommen, und ich glaube, die meisten Beschäftigung hat ihm 50 Prozent weniger Vergnügen bereitet.

Wir stehen vor dem Eingang zum Schloßhof. Der Führer ist nicht gerade, daß der Besitzer des Schlosses verboten hat, Fremden den Schloßhof zu zeigen, denn vor nicht langer Zeit hätten einmal Fremde die Fürstlichkeiten auf dem Schloßhof in andringlicher Weise belästigt. Heißkommende Enttäufung bei den Wohlgepflegten. So etwas ist unerträglich! Das Schloß sei doch noch weiter best. Und überhaupt: „... na, jetzt in der Revolution ist alles möglich.“ Nur eine Dame scheint den Schmerz, nicht in dem Schloßhof zu dürfen, zu überwinden. Mit lauter Stimme, so daß auch ja niemand eines ihrer Worte überhört, sagt sie: „Ich, den Schloßhof dürfen wir nicht hinein? Nun, ich habe vor Jahren einmal im Schloßhof Tee getrunken.“ Wenn ein Heldentat ein Siegesparade herausgeschmettert hat, kann er nicht höher sein, es diese Dame war, da sie uns die weiterstehende Kunde gebracht hatte, daß sie in einem richtiggehenden Fürstehofe einen Tee getrunken hat.

So ist dieses Geschlecht der Speichellecker, das mit wahrer Lust den Untertan spielt und viel zu riskantlos und unterwürdig ist, um wahrhaft frei zu sein. Solche Leute brauchen Despoten, brauchen Militarismus und brauchen Demütigungen, durch sie daran erinnert werden, daß sie „Voll“ sind. Aber man braucht nicht erst in den Harz zu wandern, um auf dies Geschlecht zu stoßen! Hans Hackmann

Die Eröffnung des Schloßmuseums

Am 1. September wird, wie nunmehr festgestellt ist, das Berliner Schloßmuseum in dem alten Hohenzollernschloß an der Spree eröffnet werden. Der Generaldirektor der Museen, Geh. Rat von Falke, der mit seinen Helfern Prof. H. Schmitz, Schnorr von Carolsfeld und Dr. E. Klar, die Leitung der Sammlungen des Kunstgewerbemuseums, des Schloßmuseums und des großen Wert der Einordnung und Aufstellung hat, legt jetzt die letzte Hand an die Arbeiten. Am 5. September wird dann im Weichen Saale die Ausstellung dieser Schloßmuseen eröffnet, die der Jacob Krause-Bund veranstaltet. Überall weißt hat es sich, trotzdem bekanntlich die Auseinandersetzung mit Staat und Krone in Preußen noch nicht durchgeführt ist, einen solchen lassen, eine große Reihe der hervorragendsten Kunstmuseen aus dem Besitz der Hohenzollern mit der Eröffnung des Schloßmuseums allgemein zugänglich zu machen. Es handelt sich nicht nur um Stücke, die mit der Dekoration der Repräsentationsräume des Schlosses in so unzulässigem Zusammenhang stehen, daß ihre Entnahme einer Zerstörung des Raumbildes gleichbedeutend ist, sondern um die großen Bilder, die erst kurz vor dem Zusammenfallen des Reichertempels mit Bildern aus der Sammlung des Großen Kurfürsten, die der Kaiser statt der früher dort gegebenen Bilder als einzigen Schmuck der großen Langwand

Zum Schulstreik in Bohnsdorf

In Bohnsdorf ist der beschlossene Schulstreik am Montag, den 22. d. M., mit Erfolg in Kraft getreten. Von etwa 325 Kindern waren über 200 nicht zum Unterricht erschienen. 60 Prozent der Kinder stehen somit im Streik. Es ist zu erwarten, daß sich diese Zahl unter Hinzurechnung der erkrankten Kinder auf 75 Prozent erhöhen wird. Die Kinder werden während der Schulstunden mit Spielen beschäftigt. Als eine neuzeitliche Erscheinung in diesem Kampfe muß noch das Einschreiten der grünen Schulpolizei erwähnt werden, die von dem, jeden Fortschritt hassenden Leiter der Bohnsdorfer Schule ohne jede Veranlassung herbeigerufen wurde. Der Nachhabende mußte sich aber überzeugen, daß er vom Schulleiter falsche Nachrichten empfangen hatte. Der starke Erfolg der Aktion läßt erkennen, daß die Arbeiterschaft die sozialistischen Kulturideale erkämpfen will. Der Schulstreik gewinnt aktuelles Interesse dadurch, daß der Kampf über die drückenden Verhältnisse hinaus zwischen Potsdam und Berlin geführt wird. Es ist als erfreulich zu betrachten, wenn die Arbeiterschaft geschlossen zeigt, daß sie mit allen Mitteln auf Seiten der Groß-Berliner-Schuldeputation und ihrem Leiter steht. — Etwasigen Anträgen betreffs Schulstrafen gegenüber muß betont werden, daß auf Grund einer Verfügung des Ministers für Volksbildung, Geldstrafen für Schulverzugnis nicht verhängt werden können.

Wegen eines Großfeuers wurde in der vergangenen Nacht um 12 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Boedstraße 23 alarmiert, wo auf einem ausgedehnten Holzlagerplatz Feuer ausgebrochen war. Die Flammen hatten an den trockenen und großen Holzvorständen schnell reiche Nahrung gefunden. Der Brandherd lag in einem Schuppen der Firma E. Raueneh. Augenblicklich soll in diesem Schuppen Munition für Handfeuerwaffen gelagert haben. Explosionen bestätigten diese Angaben. Der Lagerplatz liegt zwischen Wohnhäusern, die gefährdet waren. Nach mehrstündiger Tätigkeit mit aufrechten Augenblicken für die gefährdeten Anwohner war man des Großfeuers Herr. Dieser fischförmige Holzlagerplatz ist schon einmal von einem großen Feuer betroffen worden, wobei ebenfalls Hinzuhäuser gefährdet waren.

Fahrten und Wanderungen im Lande der Mitternachtsstunde, lautet das Thema des mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrages, den Herr Professor Dr. Brühl am Mittwoch, den 24. August, abends 7 1/2 Uhr im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte hält. Mit dem großen Fernrohr werden bei klarem Wetter und Ausströmen von Fiedeln von 2-6 Uhr die Sonne, von 6 bis 11 Uhr Fixsterne, Doppelsterne, Ringnebel in der Leier oder Rond beobachtet. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich von 2 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends statt.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch, Trocken und überwiegend heiter, am Tage wärmer bei mäßigen westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Kritische Lage in der Film- und Kinoindustrie

Die Lohnverhältnisse in der Berliner Filmindustrie sind als die miserabelsten von ganz Berlin anzupreisen. Bereits seit November vorigen Jahres war es das Bestreben des „Zentralverbandes der Film- und Kino-Angehörigen“ in den 1. Zt. bestehenden Tarifstellen eine Teuerungszulage zu erhalten. Die Arbeitgeber, allen voran deren Syndikus Dr. jur. Friedmann, verstanden es, bei den heimerzeitigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss die Entscheldung über die Teuerungszulage durch allerlei winkeldoolastische Schachzüge hinauszuschieben, bis der Tarif abgelaufen war. Nun sah sich der Schlichtungsausschuss außerstande, hier einzugreifen. Seit April d. J. ist die gesamte Filmindustrie ohne Tarif. Der von den Organisationen 1. Zt. eingereichte Tarif wurde von den Arbeitgebern glatt abgelehnt, trotzdem in der Industrie zum Teil Löhne gezahlt wurden, die weit hinter den Sätzen der Erwerbslosenfurage zurückblieben.

Auch alle Termine vor dem Schlichtungsausschuss waren bisher ohne Erfolg. Die Arbeitgeber weigern sich überhaupt einen Tarif abzuschließen, um so besser die Arbeiterschaft ausbeuten zu können. Die Beschäftigungslage in der Filmindustrie ist z. Zt. als ziemlich gut zu bezeichnen. Speziell in der Fabrikation (Kopieranstalten) sind sehr wenig Arbeitslose zu verzeichnen, ja es ist unserm Nachweis oft nicht möglich, die angeforderten Stellen mit geübtem Personal zu besetzen. Dazu kommt noch, daß in den meisten Betrieben die Arbeiterstundenschieber zu Hause ist, diese Arbeiterstunden werden oft bis Abends 10 Uhr ausgedehnt. Andere Betriebe sind zur Schichtarbeit übergegangen und wird teilweise in drei Schichten gearbeitet. Auch in den Ateliers ist die Beschäftigung eine gute, fast alle Ateliers sind an die in Betracht kommenden Firmen auf längere Zeit vermietet. Demgegenüber erklären aber die Arbeitgeber: „Die überaus schwierige Lage der Industrie läßt keine, auch nicht die geringste Lohn- Erhöhung zu.“ — Speziell in unserer Industrie zeigt sich der ganze Kammer des Proleten. Während der Massenarbeiter oft eine Tagesgage von 35 M. erhält, und im Monat vielfach nur 2-3 Tante Beschäftigung hat, zahlt man den „Ateliers“ Tagesgagen bis zum Betrage von 10 000 M. und noch darüber. — Knarrt nun hier zu sparen, zieht man es vor, hundsmiserable Löhne in der Filmindustrie zu zahlen, um so den Profit unter allen Umständen hochzuhalten.

Am 16. d. M. war wiederum eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss: in dieser wurde den Arbeitgebern angegegeben, bis zum 27. d. M. mit den Arbeitnehmerorganisationen in direkte Verhandlungen zu treten. — Die Arbeitnehmer sind nun nicht mehr gewillt, sich länger an der Nase herumführen zu lassen. In einer Versammlung am Sonnabend, über die ja bereits berichtet

wurde, kam der lebhafteste Unwille über die provozierende Haltung der Arbeitgeber zum Ausdruck. Die Versammelten erklärten sich bereit, mit allen Mitteln für eine Lohn- Erhöhung einzutreten, und warteten darauf, daß sie zum Kampf gerufen werden.

Die Lage ist kritisch! Um den Arbeitgebern den Willen klar zu machen, dürfen ab Montag, den 22. August, keine einzige Ueberkunde in der gesamten Filmindustrie gemacht werden. Kollegen, achtet streng auf die Durchführung dieses Beschlusses!

Am übrigen hatten sich die Kollegen bereit, dem Rufe der Organisation unverzüglich Folge zu leisten!

Auch in den Kinos hat sich die Lage immer mehr und mehr zu. Die Vorführer, deren Tarif Ende August abläuft, stehen mit den Arbeitgebern in Verhandlungen. In der ersten Verhandlung mit dem „Verein der Lichtbildtheaterbesitzer“ boten diese den Vorführern in der ersten Staffel einen Wochenlohn von sage und schreibe 200 M. Daß dies für uns

Kaufmannsgerichtswahlen!

Am Sonntag, den 28. August, in der Zeit von 9 bis 5 Uhr, finden in der Stadtgemeinde Berlin die Wahlen der Richter zum Kaufmannsgericht aus dem Kreise der Handlungsgehilfen statt. Wahlberechtigt ist jeder männliche und weibliche Handlungsgehilfe, der in Groß-Berlin beschäftigt ist bzw. wohnt und am Tage der Wahl das zwanzigste Lebensjahr vollendet bzw. überschritten hat.

Für die Ausübung des Stimmrechts ist die Beibringung einer Bescheinigung des Prinzipals oder der Polizeibehörde erforderlich, aus der hervorgeht, daß und wo der Betreffende als Handlungsgehilfe beschäftigt ist.

Erwerbslose Handlungsgehilfen müssen eine Bescheinigung der Polizeibehörde beibringen und einen Ausweis darüber, daß sie zuletzt als Handlungsgehilfen tätig waren. Sie sind stimm- berechtigt, sofern sie am 18. Juli d. J. nicht länger als 6 Monate erwerbslos waren. Alle Handlungsgehilfen, denen an einer sozialen Rechtspredigung gelegen ist, geben am 28. August ihre Stimme der Liste

Zentralverband der Angestellten (ZVA)

Die Wahlen der Arbeitgeberbesitzer finden am Freitag, den 26. August, in der Zeit von 9 bis 5 Uhr statt. Sozialistische Arbeitgeber geben ihre Stimme am Wahltag der Liste

Freie Arbeitgeber

vollkommen undisputabel war, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden. Auch die zweite Verhandlung, in der schon 250 M. geboten wurden, verlief ergebnislos. Bei den Verhandlungen mit dem „Wirtschaftsbund der Kinoschaubühnen“, diese Organisation umfaßt die größeren Theater (Konzern UFA, Decca-Block, Vereinigte-Melodien u. a.), wollten uns die Arbeitgeber weismachen, daß im ganzen verflochtenen Jahre auch nicht der geringste Nutzen bei den Theatern sich ergeben hätte. Auch hier sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Die Theaterangehörigen, deren Tarif ebenfalls abläuft, nahmen am Sonnabend Stellung zum neuen Tarif, der den Theaterbesitzern sofort eingereicht wurde.

Wir erlauben die organisierte Arbeiterschaft, beim Besuch der Kinos, die Theaterangehörigen auf die Organisation, den „Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen“, Bureau Charlottenstr. 6, hinzuweisen.

Auch ist ja hier die Arbeiterschaft in der Lage, die Theaterangehörigen in ihrem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen, ohne irgendwelche finanzielle Opfer zu bringen. Wir werden die Arbeiterschaft beizugehen auf die Kampfmaßnahmen aufmerksam machen!

Hoch die Solidarität!

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungskasse Berlin. Die Vertrauensleute und Betriebsräte der Modell- und Fabrikarbeiter aus den Metallbetrieben und Modellfabriken veranlassen sich am Mittwoch, den 24. d. M., abends 7 Uhr, im Gesangsraum des „Sophien-Gymnasiums“, Weinmeisterstr. 15, Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen mit den Metallindustriellen. Jeder Betrieb muß vertreten sein!

Tarifbewegung der Fleischer in den Wurstfabriken. Am Freitag erstattete Gaebler in der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Fleischer, Sektion Wurstfabriken, den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Der Tarif ist zum 1. September gekündigt. Die Fleischer verlangen 40 Prozent Aufschlag zu den bisherigen Sätzen von 6 M. und 6,50 pro Stunde und nach 3 Monaten Anspruch auf Urlaub und Krankentage. Die Tarifkommission der Arbeitgeber hat am Freitag vormittag nach langen Verhandlungen zugestimmt, den Unternehmern den erwähnten Vorschlag der Tarifkommission der Arbeitnehmer, 30 Prozent Aufschlag zu den bisherigen Sätzen ohne Erhöhung der Abzüge für Kost, zur Annahme zu empfehlen. Freitag abend beschloß die Unternehmung einstimmig, nur eine Erhöhung von 25 Prozent unter gleichzeitiger Erhöhung der Sätze für Kost zu bewilligen. Die Tarifkommission lehnte darauf ein weiteres Verhandeln ab, und Gaebler empfahl der Mitgliederversammlung, die Ablehnung dieses Vorschlages und erneut mindestens 35 Prozent zu fordern. In einer regen Diskussion traten die Redner den Ausführungen des Referenten durchaus bei unter Forderung des Festhaltens an den beschlossenen 40 Prozent Aufschlag. Es wurde mitgeteilt, daß schon jetzt die Wurstpreise um 2 Mark erhöht sind, nachgeschrien wegen der Lohn- Erhöhung, die jedoch nur nach genauen Berechnungen höchstens 32 Pfennig pro Pfund beträgt. Hier muß eine rege Aufklärung des laufenden Publikums einsehen,

daß die Lohn- Erhöhung den Unternehmern einen neuen Profit bringen soll. Die Kost im Hause soll abgehoben werden, und in der Zwischenzeit müssen die Betriebsräte alle Einzelverhandlungen mit den Unternehmern ablehnen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Fleischergehilfen der Wurstfabriken Groß-Berlins beantragen den Zentralverband der Fleischer und die Tarifkommission, an die einzelnen Firmen heranzutreten und den Tarifvertrag nebst einer Lohn- Erhöhung von 40 Prozent und Abschaffung der Kost im Hause zur Durchführung zu bringen.“

Arbeitszeit und Sonntagsruhe im Fleischerhandwerk. Der Zentralverband der Fleischer und Berufsangehörigen Deutschlands hatte Klage darüber geführt, daß die Bestimmungen der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gemindelter Arbeiter, vom 23. November, 17. Dezember 1918 sowie die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe in den Fleischerbetrieben vielfach nicht beachtet würden. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat daher die Gewerbeaufsicht beauftragt, angewiesen, der Frage der Arbeitszeit in den genannten Betrieben bei besonderes Augenmerk zuzuwenden und bei festgestellten Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen nachdrücklich für Abhilfe zu sorgen.

Verhandlungen für Handelsarbeiter in der Engros-Industrie. Die Verhandlungen über die am 10. August vom Deutschen Transportarbeiter-Verband eingereichten Forderungen eines 20prozentigen Teuerungszulages führten am 19. August zu folgendem Lohnabkommen: Auf die am 9. Mai 1921 vereinbarten Lohnsätze wird mit Wirkung vom 22. August d. J. ein Zuschlag von 15 Prozent gewährt. Dieses Abkommen gilt bis 15. November 1921 unter den gleichen Voraussetzungen wie unter § 10 des Hauptvertrages. Die Vereinbarung laut Protokoll betriebsrat, wenn die Ehefrau erwerbsfähig ist, tritt außer Kraft. Die Mindestwöchentliche betragen demnach ab 22. August 1921 für männliche Arbeitkräfte im Alter von 14-16 Jahren 80,50 M., 16-18 Jahren 115 M., 18-19 Jahren 155,25 M., 19-20 Jahren 172,50 M., über 20 Jahre 230 M., über 22 Jahre (ledig) 253 M., Verheiratete 267,50 M., Verheiratete mit mindestens einem versorgungsberechtigten Kinde 316,25 M. pro Woche. Der Lohn für erwachsene weibliche Arbeitkräfte beträgt 75 Prozent, für jugendliche weibliche 80 Prozent des Grundlohnes für männliche Angestellte. In Betracht kommen Engros-Betriebe der Damen-, Mädchen-, Blusen-, Kleidkonfektion, Herren- Bekleidung und Herrenwäbche. In den übrigen Fachgruppen der Bekleidungsindustrie siehe die Verhandlungen noch aus.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg, Mittwoch, 21. August, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 84, Referenten: Dr. G. G. G. Vortrag des Genossen Hillerberg: Die Teuerung, die neuen Kalkulationen und die U. S. G. 2. Nachschub Auswachen. Referenten: U. S. G. 2. Referenten und Referentinnen bringen naturgemäß.

Die Jugendhilfe der U. S. G. 2. (S. 4.) findet am 25. September im großen Saal der „Neuen Welt“, Holtenauer Str. 11, statt. Anwesenheit von anderer Seite Einladungen erbeten haben, wollen sich Freitag von 4-5 Uhr in der Arbeiter-Bildungsschule, Donschtr. 1, melden.

Dienstag, 23. August

11. Bezirk, 1. Abteilung, Justizämter und Straßenräuber. 7 Uhr bei Kaffee, Donschtr. 1.

Mittwoch, 24. August

1. Verwaltungsbezirk (Kriegarten). Abends 7 1/2 Uhr Verhandlung bei Kaffee, Gieselerstr. 24.

2. Verwaltungsbezirk (Kriegarten). Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Sitzung im Saal der U. S. G. 2. Vortrag des Genossen Hillerberg: Die beschriebenen Wahlen, 2. Mitteilung der Kandidaten für Städte- und Bezirksratswahlen-Verhandlung.

3. Verwaltungsbezirk (Kriegarten). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderhilfskommission bei Vater, Kiebitzstr. 12. Die Genossinnen von Arbeiterhäusern, Heinersdorf, Radow, Buch und Buchholz werden gebeten, an dieser Sitzung teilzunehmen.

18. Bezirk (Kriegarten). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Schmiedestr. 11, Kiebitzstr. 12. U. S. G. 2. Referenten, welche im Rahmen der Teuerungszulage ehrenamtlich tätig sind, holen an dieser Sitzung teilzunehmen.

19. Bezirk (Kriegarten). Abends 7 1/2 Uhr, in der Kasse der Wollpromenade, Vortrag nur für Frauen und Mädchen über die Gesundheitspflege der Frau. Ref.: Krankenschwester Kahl-Hoffmeister. Genossen, nicht eine Frau zu dem wichtigen und sehr wichtigen Vortrag.

20. Bezirk (Kriegarten). Abends 7 1/2 Uhr in der Volkshalle, Friedrichstr. 11, Bezirkskongress. U. S. G. 2. Aufstellung der Stabskorrektoren.

Donnerstag, 25. August

12. Verwaltungsbezirk (Kriegarten). Abends 7 1/2 Uhr in Kiebitzstr. 12, Kiebitzstr. 12. Vortrag des Genossen Hillerberg: Die beschriebenen Wahlen, 2. Mitteilung der Kandidaten für Städte- und Bezirksratswahlen-Verhandlung.

13. Verwaltungsbezirk (Kriegarten). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderhilfskommission bei Vater, Kiebitzstr. 12. Die Genossinnen von Arbeiterhäusern, Heinersdorf, Radow, Buch und Buchholz werden gebeten, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Sonnabend, 27. August

12. Verwaltungsbezirk (Kriegarten). 6 Uhr Sitzung der Bezirksleitung bei Vater, Kiebitzstr. 12.

Bereinskalender

Mittwoch, 24. August

Zentralverband der Angestellten, Damen-Verein, Schützen, Unterdach-Konkassen, 54 Uhr Mitgliederversammlung in Hauptsaal des Jahnplatzes, Neue Friedrichstr. 35. — Bericht, 7 Uhr Mitgliederversammlung in Hoesenhaus Jahnplatz, Neue Friedrichstr. 35.

Donnerstag, 25. August

Arbeiter-Bezirksverband-Bezirk (Kriegarten), Groß-Berlin, Wohnungsamt Straßmannstr. 6, abends 7-10 Uhr. Die Bezirksführer, welche die Angelegenheit für die heutige große Sitzung unserer Bezirksleitung noch nicht abgeschlossen haben, werden dringend ersucht, dies sofort nachzubringen.

Freitag, 26. August

Verband der Gärtner und Gärtnerinnen, abends 7 Uhr in Schul- Hof, Berlin, am Kniepsgraben 2 (Gruppe Gemeindefürsorge), Beachtungsbearbeitung für Groß-Berlin.

Veranstaltung: für Politik u. Sozialismus: Das 2. I. d. U. S. G. 2. Berlin-Friedrichstr. 11, Kiebitzstr. 12, Kiebitzstr. 12. U. S. G. 2. Referenten, welche im Rahmen der Teuerungszulage ehrenamtlich tätig sind, holen an dieser Sitzung teilzunehmen.

Nasenröte, Sommersprossen

Umgebung, abgeschliffen durch echte Vater-Philipp-Schälker, danach kommt annuitäre junge zarte Haut zum Vorschein, 49 M. v. Labo. atorium Dresden-Zechestraße 147, in der Elefant- Apotheke Leipziger Straße und Drogerien Bastianstraße 2, Fehmannstraße 2, Reinickendorfer Straße 119, Charlottenstraße 76, Pankow, Prinzstraße 4

Rauchtabak

Pfund 18 Mark
Gefäßner 20 M.
Schmerz, Kranke 22 M.
Bartacka 23 M.
Goth Schag 27 M.
Rund
Große Hamburger Straße 1, 1

Kleine Anzeigen

Das Nachschreibewort 2.-Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Druckgebühr: Nachschreibewort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.-Mk.

Ein Buch für Eltern und Lehrer!

Schulkasernen oder Gemeinschaftsschule

Von Adolf Jensen und Wilhelm Lammas

(Zweite Auflage von „Die Kasernen“). Ein neuer Weg zur überaus besten (Hebung unseres Volkes)

Das Buch zeigt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf eine Schule der Schaffensfreude und stellt damit für die Mittelbildung der Eltern in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frohe Lebensstätte der Jugend sein, sie wird aus dem geistigen Streben der Kinder, Eltern und Lehrer hervorgehen, und das Buch will ein Stück dieses Weges bahnen helfen und ist Eltern und Lehrern in ihrem Wollen ein Führer

Preis 10.— Mark
Gebunden 15.— Mark

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit“-Spezialitäten oder direkt von der

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Berlin G2
Abt. Buchhandlung
Breite Straße 6-9

Verkäufe

aussergewöhnlich billig! Wir bringen wieder mehrere hundert Reiter- und Radfahrzeuge, bereitwillig, welche die Vorbestellenden, 68, 128, 160 Mark. Mehrere hundert Reiter- und Radfahrzeuge, 68, 128, 160 Mark. Mehrere hundert Reiter- und Radfahrzeuge, 68, 128, 160 Mark. Mehrere hundert Reiter- und Radfahrzeuge, 68, 128, 160 Mark.

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge, Maschinen, etc.

Fahrräder

Fahrräder, etc.

Möbel

Möbel, etc.

Werkzeuge

Werkzeuge, etc.